Polizeiverordnung über die Rattenbekämpfung.

Auf Grund der §§ 1, 48 und 53 des Hessischen Polizeigesetzes vom 10. November 1954 (GVBl. S. 203) wird für das Land Hessen verordnet:

§ 1

(1) Die Eigentümer von
1. bebauten Grundstücken,
2. unbebauten sowie landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken innerhalb geschlossener Ortschaften,
3. Lager- und Schuttplätzen, Kanalisationen, Garten- und Parkanlagen, Friedhöfen,
4. Binnenschiffen,
5. Hafen- und Eisenbahnanlagen innerhalb geschlossener Ortschaften
sind verpflichtet, wenn sie Rattenbefall feststellen, unverzüglich der Gemeinde Anzeige zu erstatten und eine Rattenbekämpfung nach den Vorschriften dieser Verordnung durchzuführen. Die Bekämpfungsmaßnahmen sind nötigenfalls so lange zu wiederholen, bis sämtliche Ratten vertilgt sind.

(2) Wer die tatsächliche Gewalt über die in Abs. 1 genannten Grundstücke oder Ortlichkeiten ausübt, ist neben dem Eigentümer für die Rattenbekämpfung verantwortlich. Er ist an Stelle des Eigentümers verantwortlich, wenn er die tatsächliche Gewalt gegen den Willen des Eigentümers ausübt oder auf einem im Einverständnis mit dem Eigentümer schriftlich oder zur Niederschrift gestellten Antrag von der zuständigen Verwaltungsbehörde als allein verantwortlich anerkannt ist.

§ 2

Wer zur Rattenbekämpfung verpflichtet ist, hat den Beauftragten der Gemeinde zur Feststellung des Rattenbefalls und zur Überwachung der Rattenbekämpfung auf Verlangen Auskunft zu erteilen.

§ 3

(1) Als Rattenbekämpfungsmittel dürfen nur Mittel verwendet werden, die von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Braunschweig anerkannt sind.


§ 4

Vor Beginn der Rattenbekämpfung sind Abfallstoffe, vor allem Küchen- und Futterabfälle, Müll und Gerümpel von allen den Ratten leicht zugänglichen Orten zu entfernen.

§ 5

(1) Das Gift ist so auszulegen, daß Dritte nicht gefährdet werden. Giftkörner dürfen im Freien oder in unverschlossenen Räumen nicht unbedeckt und nicht ungesichert ausgelegt werden.

(2) Auf die Auslegung ist durch auffallende Warnzettel deutlich hinzuweisen. Die Warnung muß das verwendete Präparat und den Wirkstoff nennen und für den Fall der Vergiftung von Haustieren das Gegenmittel bezeichnen.

(3) Schädlingsbekämpfungsunternehmen dürfen das Gift nur in Gegenwart eines nach § 1 Verpflichteten oder seines Beauftragten auslegen.

§ 6

(1) Fünf Tage nach jeder Giftauslegung sind die ausgelegten Giftkörner restlos zu vernichten, nach Möglichkeit zu verbrennen. Giftköderreste, die Thalliumverbindungen enthalten, darf nur entfernen und unschädlich machen, wer sie ausgelegt hat.

(2) Giftkörner dürfen länger ausgelegt bleiben, wenn der Giftstoff nur aus Cumarinverbindungen besteht oder wenn die Auslegestellen ständig überwacht und so gesichert werden, daß eine Gefährdung von Mensch und Haustieren ausgeschlossen ist.

§ 7

Nach Entfernung der Giftkörner sind die Rattenlöcher und die von Ratten genagten Durchtrittsstellen mit einem Gemenge von Zement oder Lehm und Glasscherben oder anderen geeigneten Mitteln fest zu verschließen und Vorkehrungen zu treffen, die einen erneuten Rattenbefall erschweren.
§ 8
Wer zur Rattenbekämpfung verpflichtet ist, hat auf Verlangen der Gemeinde mitzutellen, welche Bekämpfungsmaßnahmen er durchgeführt hat und ob der Rattenbefall beseitigt worden ist.

§ 9
(1) Die Gemeinde hat bei der Zuwanderung von Ratten deren Herd zu ermitteln und dafür zu sorgen, daß die erforderlichen Bekämpfungsmaßnahmen durchgeführt werden.

(2) Sind in einer Gemeinde oder in einem Teil des Gemeindegebiets die Mehrzahl der in § 1 Abs. 1 genannten Ortlichkeiten von Ratten befallen, so kann der Gemeindevorstand eine allgemeine Rattenbekämpfung durch die nach § 1 Verpflichteten für die ganze Gemeinde oder den Teil des Gemeindegebiets nach Maßgabe der §§ 3 bis 8 anordnen. In der Anordnung ist der Zeitraum festzulegen, währenddessen die Rattenbekämpfung durchzuführen ist.

§ 10
(1) Wer einem Gebot oder Verbot dieser Verordnung zuwiderhandelt oder gegen eine auf Grund des § 9 Abs. 2 erlassene Anordnung verstoßt, handelt ordnungswidrig.


(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 des Bundesgesetzes ist in Landkreisen der Landrat, in kreisfreien Städten der Oberbürgermeister.

§ 11
Die dieser Polizeiverordnung entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben, namentlich
1. die Polizeiverordnung über die Rattenbekämpfung vom 19. April 1938 (Hess. Reg. Bl. S. 89),

§ 12


Der Hessische Minister des Innern

Schneider